

**Öffentliche Niederschrift über die
2. Sitzung des Kreisausschusses (11. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 16.09.2019 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:09** Uhr

Ende: **19:03** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller	entschuldigt
Herr Wolfgang Benter	
Herr Matthias Daleiden	
Herr Bernhard Henter	
Frau Christiane Junk-Kornbrust	Vertretung für Herrn Ahnemüller
Herr Sascha Kohlmann	
Frau Dr. Kathrin Meß	
Herr Stefan Metzdorf	Vertretung für Frau Stephanie Zehren
Herr Paul Neumann	Vertretung für Frau Stephanie Nickels
Frau Stephanie Nickels	entschuldigt
Herr Claus Piedmont	entschuldigt
Herr Paul Port	
Herr Lothar Rommelfanger	
Frau Marianne Rummel	
Frau Ingeborg Sahler-Fesel	
Frau Kathrin Schlöder	
Herr Markus Thul	
Frau Stephanie Zehren	entschuldigt

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis	entschuldigt
Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt	
Frau Kreisbeigeordnete Simone Thiel	entschuldigt

Verwaltung

Frau Alexandra Apel-Kuchenbrandt	Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales (TOP 3)
Frau Martina Bosch	Pressestelle
Herr Joachim Christmann	Leiter des Geschäftsbereichs II
Herr Norbert Etringer	Abteilungsleiter Abteilung 5 - Schulen und Bildung (TOP 2)
Herr Christoph Fuchs	Büroleiter
Frau Christine Inglen	Abteilung 2 - Sitzungsdienst

Herr Mario Jägen	Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales (TOP 3)
Herr Michael Malburg	Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales (TOP 3)
Herr Rolf Rauland	Leiter des Geschäftsbereichs I
Herr Norbert Rösler	Abteilung 11 - Kreisentwicklung, Bauen und Umwelt (TOP 4, 5)
Herr Christoph Schleich	Abteilung 3 - Gebäudemanagement (TOP 2)
Frau Hannah Schmitz	Pressestelle
Herr Stephan Schmitz-Wenzel	Leiter des Geschäftsbereichs III
Frau Andrea Schuh	Leitstelle Familie (TOP 6,7)
Herr Dr. Jürgen Staatd	Abteilungsleiter Abteilung 3 - Gebäudemanagement (TOP 2)

Schriftführer

Herr Andreas Reichert

Gäste

Herr Christian Kremer
Herr Helmut Schneiders

Trierischer Volksfreund
Ing. Schneiders GmbH (TOP 1, 2)

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses und die Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Zu Beginn der Sitzung beschließt der **Kreisausschuss** den Alternativantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.09.2019 zum Antrag der CDU-Kreistagsfraktion „150.000 Bäume im Landkreis pflanzen für jeden Einwohner einen“ vom 20.08.2019 wegen fehlender Dringlichkeit auf die nächste Sitzung des Kreisausschusses am 14.10.2019 zu vertagen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung bestehen nicht. Die Tagesordnung wird wie nachfolgend dargestellt abgewickelt:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

2. Schulbauangelegenheiten
 - 2.1. Interreg-Projekt „Smart-Energy 4.4“ - Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für das Balthasar-Neumann-Technikum Trier (Testo-Messgeräte)
Vorlage: 0256/2019/1
 - 2.2. Generalsanierung der Sporthalle am Stefan-Andres-Schulzentrum in Schweich - Auftragsvergaben verschiedener Gewerke
Vorlage: 0257/2019/1
3. Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2019: "Umlagensenkung" vom 07.05.2019
Vorlage: 0255/2019
4. Resolution zum Klimanotstand und zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Kreis Trier-Saarburg (Resolution Die Linke-Kreistasfraktion vom 18.08.2019)
Vorlage: 0265/2019
5. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion 150 000 Bäume im Landkreis pflanzen für jeden Einwohner einen
Vorlage: 0271/2019
6. Verbundprojekt "Hauptamt stärkt Ehrenamt " - Beschluss über eine Beteiligung des Landkreises
Vorlage: 0254/2019
7. Bildung eines Seniorenbeirates für den Landkreis Trier-Saarburg
Vorlage: 0258/2019
8. Informationen und Anfragen

2. **Schulbauangelegenheiten**

2.1. **Interreg-Projekt „Smart-Energy 4.4“ - Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für das Balthasar-Neumann-Technikum Trier (Testo-Messgeräte); Vorlage: 0256/2019/1**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da keine Fragen von Seiten der **Mitglieder** des Kreisausschusses bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, den Auftrag zur Beschaffung von Messgeräten für das Balthasar-Neumann-Technikum Trier (BNT) an die Firma Testo SE Co. KG, Lenzkirch, zum Preis von 31.103,26€ einschl. Mehrwertsteuer zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

2.2. **Generalsanierung der Sporthalle am Stefan-Andres-Schulzentrum in Schweich - Auftragsvergaben verschiedener Gewerke; Vorlage: 0257/2019/1**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Es bestehen seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die Aufträge der u.a. Gewerke für die Baumaßnahme der Generalsanierung an der Stefan-Andres-Sporthalle am Schulzentrum in Schweich wie folgt zu vergeben.

Erd-, Mauer und Betonarbeiten

Fa.Theodor Ott GmbH
Im Wiesengrund 8
54426 Malborn

Dachdeckerarbeiten
Fa. Josef Esser GmbH
Am Mühlenteich 15
56859 Alf

Trockenbauarbeiten
Fa. Schreinerei Caspary
Carl-Bosch-Str. 31
53501 Grafschaft

Estricharbeiten
Fa. Modern Estrich Bau GmbH
Särkover Str. 76
66663 Merzig

Holz-, Prallschutzwände und Einbauelemente
Fa. TOP-Sport GmbH
Ludwig-Erhard- Str. 1
33397 Rietberg

Elektroinstallation und Blitzschutzanlagen
Fa. Elektro Esser GmbH
Ruwererstr. 29
54292 Trier

Raumlufttechnischem Anlagen
Fa. Rheimotherm GmbH
Bahnhof 12
54338 Schweich

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Finanzhaushalt zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

3. Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2019: "Umlagensenkung" vom 07.05.2019; Vorlage: 0255/2019

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Die Verwaltung empfehle, die Umlagensenkung nicht zu beschließen, da es gegen die eingeschlagenen Konsolidierungsschritte in den letzten Jahren spreche. Fraglich sei, ob die Aufsichtsbehörde einer Umlagensenkung zustimme.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) geht auf den Nachtragshaushalt für das Kreiskrankenhaus in Saarburg ein. Der Antrag sei bereits

im Mai gestellt worden. Zu dem Zeitpunkt der Antragsstellung sei nicht absehbar gewesen, dass das Krankenhaus weitere finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen müsse. Letztlich müssten alle Ortsgemeinden und Verbandsgemeinden im gesamten Landkreis das Kreiskrankenhaus in Saarburg finanziell mittragen. Dennoch finde sie das Thema Daseinsvorsorge im ländlichen Raum wichtig. Aus diesem Grund trage die SPD-Kreistagsfraktion den Beschluss mit. Zur Zeit der Antragsstellung sei eine Umlagensenkung durchaus möglich gewesen.

Die Entscheidungen zur finanziellen Unterstützung des Kreiskrankenhauses seien einvernehmlich mit allen Kreistagsfraktionen getroffen worden, so der **Landrat**. Die Voraussetzungen für eine Umlagensenkung seien auch zum damaligen Zeitpunkt nicht erfüllt gewesen. Schlussendlich handle es sich um ein Thema der Daseinsvorsorge im Landkreis, wofür finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt worden seien.

Auf Rückfrage von Fraktionsvorsitzendem **Henter** (CDU) erläutert Herr **Malburg** die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO). Gemäß §33 Abs.1 GemHVO sei die Forderung wegen Uneinbringlichkeiten gegenüber dem Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH laut Gutachter auf Dauer als nicht realisierbar zu beurteilen. Die Forderung sei aus der Bilanz bereinigt worden. Dies bedeute keinen Verzicht auf die Forderung, sondern nur eine Bereinigung. Die Bereinigung wirke sich nur auf den Ergebnishaushalt aus, da Mittel bereits im Entstehungsjahr der Forderung ausgezahlt worden seien. Der Finanzhaushalt schließe so ab wie es in der Sachdarstellung der Vorlage dargestellt sei. Es seien keine finanziellen Mittel übrig. Der Liquiditätskredit sollte bis zum 31.12.2019 bei rund 5,7 Millionen Euro liegen. Nach vorliegender Planung sei von einem Kreditstand von rund 10,3 Millionen Euro auszugehen.

Landrat **Schartz** verweist auf die erste Seite der Vorlage. Eine Senkung der Umlage könne er laut den Darstellungen des Ergebnishaushalts und Finanzhaushalts nicht in der Öffentlichkeit vertreten.

Dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion könne er nicht zustimmen, so der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU), da der Landkreis gegenüber der ADD Trier dazu verpflichtet sei die eigenen Liquiditätskredite zu senken. Mit dem 44%-Umlagesatz sei eine finanzielle Obergrenze erreicht worden, die kaum zu verschmerzen sei. Auf die Vereinbarungen mit der ADD Trier sei der Landkreis eingegangen.

Der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG) verdeutlicht, dass es im Mai einen finanziellen Überschuss gegeben habe. Tatsache sei, dass es momentan allerdings nicht so gut aussehe. Aus diesem Grund müsse der Antrag zurückgezogen werden oder die FWG-Fraktion könne ihm nicht zustimmen.

Auf die Frage nach der Möglichkeit eines Konsenses durch Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) antwortet der **Landrat**, dass die Kreisumlage eine Einnahmemöglichkeit des Landkreises sei. Der Landkreis habe kaum

steuerliche Einnahmen. Verhandlungen mit allen Ortsgemeinden sowie allen Verbandsgemeinden seien kaum realisierbar, da dort aufgrund der Anzahl der Personen kein Konsens gefunden werden könne.

Es sei nur dem Verhandlungsgeschick der Kreisverwaltung zu verdanken, dass die Umlageerhöhung nicht höher gewesen sei, lobt der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen). Gegenüber der ADD Trier sei der Landkreis im Wort. Möglicherweise könne die Aufsichtsbehörde zukünftig an anderer Stelle noch wichtig werden. Aus diesem Grund stimme die Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion gegen eine Umlagensenkung. Er befürworte eine Klärung zwischen der Verbandsgemeinde Saarburg-Kell und der Stadt Saarburg, ob eine finanzielle Beteiligung am Kreiskrankenhaus in Frage komme.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** wendet ein, dass die Verbandsgemeinden nicht zu freiwilligen Opfern bereit gewesen seien. Eine Sonderumlage einzuführen sehe er als rechtlich schwierig an. Eine interne Prüfung, welche Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung möglich seien, könne veranlasst werden.

Der **Landrat** ergänzt, dass diese Prüfung unter Mitwirkung der ADD Trier stattfinden könne.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) moniert den Umgang mit den von der SPD-Kreistagsfraktion gestellten Anträgen. Seit fünf Jahren wisse der Landkreis nun, dass das Geld des Kreiskrankenhauses kaum einbringlich sei. Der Landkreis habe zu spät auf die negativen Entwicklungen des Kreiskrankenhauses reagiert. Es sei in den Kreisgremien zu keiner vernünftigen Diskussion darüber gekommen. Die SPD-Kreistagsfraktion fühle sie sich nicht ausreichend ernst genommen.

Der **Vorsitzende** entgegnet ihr, dass der Landkreis in der glücklichen Lage sei, in der aktuellen Finanzsituation die Entwicklungen des Kreiskrankenhauses korrigieren zu können. Zu einem früheren Zeitpunkt wäre dies aufgrund der Zinssätze schwieriger gewesen. Im Falle des Kreiskrankenhauses in Saarburg sei das EU-Beihilferecht maßgebend gewesen. Die Kommune sei diesbezüglich fachlich und sachlich nicht zuständig.

Frau **Junk-Kornbrust** (AfD) teilt mit, dass sie in einigen Punkten ihre Vorrednerin verstehen könne. Dennoch würden zu viele verschiedene Angelegenheiten miteinander vermischt. Das Kreiskrankenhaus dürfe niemals zur Diskussion stehen. Sie gibt zu bedenken, ob es möglicherweise einen Spielraum in der Art der Erhöhung der Umlage geben könne. Es dürfe nicht leichtfertig mit Steuergeldern umgegangen werden.

Herr **Metzdorf** (SPD) verdeutlicht ein weiteres Mal die Pflicht gegenüber der Aufsichtsbehörde. Allerdings warne er davor, wenn die Kreisumlage weiter steige, werde sich der Umgang mit den Orts- und Verbandsgemeinden verändern.

Die dem Landkreis zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel würden fast komplett in die Orts- und Verbandsgemeinden in anderer Form zurückgegeben, so der der **Landrat**. Dahinter stecke ein großer Umverteilungsmechanismus.

Bei 44 Prozent sei das Limit erreicht, bekräftigt der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU). Im Allgemeinen könne von einer Verteilung der Knappheit der Mittel gesprochen werden. Es fehle auf allen Ebenen Geld, insbesondere auf Landes- und kommunaler Ebene. Bei den Beratungen zum Kreishaushalt im November werde das Thema Kreisumlage ein weiteres Mal beraten.

Der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) stellt fest, dass die finanzielle Ausstattung der rheinland-pfälzischen Kommunen im bundesweiten Vergleich nicht sehr günstig sei. Das Dilemma der aktuellen Situation sei, dass sich der Landkreis und die Verbandsgemeindeverwaltungen durch Umlagen über die Ortsgemeinden finanzieren. An dieser Stelle sei das Land Rheinland-Pfalz gefordert, indem es finanzielle Unterstützung bietet.

Da keine weiteren Fragen seitens des **Kreisausschusses** bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Haushalt 2019 „Umlagensenkung“ vom 07.05.2019.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 10 Gegenstimmen, 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag noch einmal über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Haushalt 2019 „Umlagensenkung“ vom 07.05.2019 zu beraten

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. Resolution zum Klimanotstand und zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Kreis Trier-Saarburg (Resolution Die Linke-Kreistasfraktion vom 18.08.2019); Vorlage: 0265/2019

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) sagt, dass Die Linke-Kreistagsfraktion dazu bereit sei, den Antrag gemeinsam mit dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zu behandeln. Der Antrag der Die Linke-Kreistagsfraktion könne gerne umformuliert werden. Es könnten einige Punkte von beiden Anträgen in ein gemeinsames Dokument übernommen werden. Um ein Gesamtkonzept erarbeiten zu können, müssten alle Initiativen eingebunden werden.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) sehe bei dem Thema Klimawandel große Herausforderungen auf den Landkreis Trier-Saarburg zukommen. Die Lösungen seien allerdings Sache der Bundesverwaltung. Einzelnen Punkten des Antrags der Die Linke-Kreistagsfraktion könne er nicht zustimmen, insbesondere nennt er dazu die Prüfung aller Beschlüsse auf klimafreundliche Umsetzung. So wie der Antrag bisher vorliege, könne die CDU-Kreistagsfraktion nicht zustimmen.

Es gebe kein Bekenntnis des Landkreises zu dem Thema Klimaschutz, so Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke). Die Kreistagsfraktionen könnten sich diesbezüglich beratend zusammensetzen.

Der **Vorsitzende** verweist auf die Gründung der Energieagentur der Region Trier. Unter anderem damit sei das Thema Klima- und Naturschutz auf der Agenda des Landkreises. Ferner berücksichtigten verschiedenen Abteilungen der Kreisverwaltung diese Themen.

Um das Ziel eines gemeinsamen Gesamtkonzeptes zu erarbeiten, müsse interfraktionell zusammengearbeitet werden, wendet der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) ein. Voraussetzung sei, dass vernünftig miteinander geredet werden könne. Bei den Details eines Konzeptes gebe noch Beratungsbedarf.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) beantragt, dass die verschiedenen Fachausschüsse über ein Konzept beraten könnten. Sie schlage vor, die Resolution zurückzustellen, um gegebenenfalls einen gemeinsamen fraktionsübergreifenden Antrag vorzubringen. So wie der Antrag vorliege, könne die SPD-Fraktion nicht zustimmen. Die finanziellen Auswirkungen seien nicht absehbar.

Einen größtmöglichen Konsens zu finden sei im Interesse der CDU-Fraktion, so der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU). Er schlage vor, dass der Landrat als Vorsitzender beauftragt werde, in den Fachausschüssen über ein Klimaschutzkonzept zu beraten. Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion hingegen sei konkret formuliert, so dass eine Abstimmung erfolgen könne.

Es habe nach Frau **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) vor einigen Jahren bezüglich einer lokalen Agenda Arbeitsgruppen der Fraktionen gegeben. Ihr Vorschlag sei es, auf diesen Zusammenfassungen ein Konzept aufzubauen.

Auf Nachfrage des **Landrates** sagt die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke), dass sie die Resolution vorerst zurücknehme. Sie werde einen Antrag in anderer konkreter Form einreichen. Sie sei damit einverstanden, wenn in der heutigen Sitzung nicht darüber abgestimmt werde.

5. **Antrag der CDU-Kreistagsfraktion 150 000 Bäume im Landkreis pflanzen für jeden Einwohner einen; Vorlage: 0271/2019**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) erklärt den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion im Detail. Insbesondere könne der Landkreis koordinierend für die Gemeinden im Landkreis Trier-Saarburg tätig sein. Eine Möglichkeit sei es, einen Ideenpool des Landkreises aufzubauen, so sei z.B. ein Spendenaufruf denkbar. Er wolle dem Landrat den Auftrag geben, auf den vorhandenen Flächen Bäume anzupflanzen. Dieser Antrag sei ein konkretes Vorhaben und nicht abstrakt zu verstehen.

Es gebe bereits einen solchen Antrag der CDU-Landtagsfraktion, so die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). Dieser beinhalte für jeden rheinland-pfälzischen Einwohner einen Baum zu pflanzen.

Landrat **Schartz** macht deutlich, dass es sich in diesem Punkt um eine politische Grundlagendiskussion handele. Ein solcher Antrag würde den Kreishaushalt sehr belasten.

Der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) schlägt vor, einen Klimapakt im Landkreis Trier-Saarburg zu schließen. Dies sei ein Unterschied zum Klimanotstand. Die Befindlichkeiten der Ortsgemeinden und der Verbandsgemeinden seien nicht überschaubar. Er befürworte die Pflanzung von 150.000 Bäumen zusätzlich, da das Forstamt sowieso angehalten sei, nachhaltig zu wirtschaften.

Frau **Junk-Kornbrust** (AfD) fügt hinzu, dass andere Lösungen in Betracht gezogen werden müssten. Sie kritisiere, dass durch den Aufbau von Windkraftanlagen ebenfalls Wald zerstört werde.

Den Antrag zur Vorlage befürworten könne die FWG-Kreistagsfraktion, so Kreisausschussmitglied **Schlöder** (FWG). Aus der täglichen Praxis könne sie berichten, dass Areale zur Baumpflanzung durchaus vorhanden seien. Es müsse indes unter anderem auf Gewerbeflächen oder Bebauungsflächen Rücksicht genommen werden.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) weist darauf hin, dass die Kreisverwaltung einen Arbeitsauftrag erhalten solle, so wie in dem Antrag erwähnt. Das Wort „zusätzlich“ könne darin aufgenommen werden.

Kreisausschussmitglied **Rommelfanger** (SPD) betont, dass sich alle Fraktionen grundsätzlich in dem Ziel eines Konzeptes einig seien. Er kritisiere einerseits den populistischen Antrag der CDU-Fraktion, andererseits könne er für die Vorlage der Verwaltung ein Lob aussprechen.

Die Verwaltung habe nun einige Aufträge erhalten. Aufgrund des Personalmangels sei eine Umsetzung kaum möglich, so Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen). Dennoch halte sie die Baumpflanzaktion für richtig.

Zum Schluss erklärt der **Landrat**, dass die Kreisverwaltung Untere Naturschutzbehörde sei. Dadurch habe die Verwaltung eigene Kompetenzen im Verfahrensablauf bei dem Thema. Die Finanzierung über Ersatzzahlungen könne noch geklärt werden, genauso wie die Frage, wer ein solches Klimaschutzkonzept erarbeite. Es gebe erste Ansätze im Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, die aufgegriffen und weitergeführt werden könnten. Die Bäume zu pflanzen wäre eine konkrete und für jeden sichtbare Handlung. Er schlage folgenden Wortlaut vor: „Der Landkreis Trier-Saarburg strebt an zusätzlich 150.000 Bäume zu pflanzen. Die Verwaltung wird damit beauftragt diese Schritte zu koordinieren.“

Daraus ergebe sich ein doppelter Prüfauftrag. Auf der einen Seite die verschiedenen Aspekte einer Baumpflanzung zu berücksichtigen und auf der anderen Seite ein ganzheitliches Klimaschutzkonzept zu erarbeiten. Hierzu biete der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion ein grobes Schema.

Da keine weiteren Fragen bestehen, fasst der **Kreisausschuss** sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Landkreis Trier-Saarburg strebt an, zusätzlich 150.000 Bäume zu pflanzen. Die Verwaltung wird damit beauftragt diese Schritte zu koordinieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 8 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen

6. **Verbundprojekt "Hauptamt stärkt Ehrenamt" - Beschluss über eine Beteiligung des Landkreises; Vorlage: 0254/2019**

Protokoll:

Aufgrund der Abwesenheit des **Landrates** übernimmt der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) den Vorsitz der heutigen Sitzung des Kreisausschusses fortan für den weiteren Verlauf.

Der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Im Detail geht er auf die Gesamtausgaben des Vorhabens ein. Diese lägen bei rund 206.000 Euro. Der Eigenanteil des

Landkreises betrage davon rund 20.000 Euro.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) stellt einen Antrag zur Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung des Kreisausschusses.

Der Fraktionsvorsitzende Daleiden (FWG) fügt hinzu, dass er einige Formulierungen darin kritisch sehe. Die FWG-Kreistagsfraktion sehe noch fraktionsinternen Beratungsbedarf. Der Vertagungsantrag sei zu unterstützen.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** äußert, dass keine Gründung einer Ehrenamtsagentur vorgesehen sei. Dieser Tagesordnungspunkt mit seiner Vorlage sei kürzlich in der Bürgermeisterdienstbesprechung beraten worden. Dieses Gremium unterstütze den Vorschlag einstimmig.

Da keine weiteren Fragen bestehen, fasst der **Kreisausschuss** sodann folgende Beschlüsse.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die Vertagung des Beschlussvorschlags auf die nächste Sitzung des Kreisausschusses am 14.10.2019.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. **Bildung eines Seniorenbeirates für den Landkreis Trier-Saarburg**
Vorlage: 0258/2019

Protokoll:

Der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU) verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Ergänzend dazu, merkt Geschäftsbereichsleiter **Christmann** an, dass der Vorschlag bereits in der vergangenen Wahlperiode vorberaten worden sei. Im Kreistag sei dies noch nicht beschlossen. Die Änderungen in der Satzung des Seniorenbeirates beruhen auf Anregungen aus den Kreistagsfraktionen. Es sei ein Benehmen Ende der letzten Legislaturperiode hergestellt worden, dass die vorliegende Satzung in der neuen Legislaturperiode beschlossen werden solle.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) erläutert Büroleiter **Fuchs** die Änderung des Stärkeverhältnisses gemäß der Landkreisordnung.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die „Satzung des Landkreises Trier-Saarburg über die Bildung eines Seniorenbeirats“ zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen

8. Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Informationen oder Anfragen vor.

Damit schließt der **Vorsitzende** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

(Günther Scharz)
Landrat

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)